

11.33

Abgeordneter Mag. Gerald Hauser (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Rechnungshofpräsident! Hohes Haus! Heute geht es hier bei dieser Debatte ums Geld beim Finanzausgleich. Im Bericht über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel geht es um die Verteilung von in etwa 90 Milliarden € an Bundesgeldern auf Bund, Länder und Gemeinden, und diese Verteilung ist im Sinne der Gemeinden nicht gerecht, weil da ein abgestufter Bevölkerungsschlüssel angewendet wird.

Als Beispiel dafür, welche Blüten das dann hervorbringen kann, habe ich die „Tiroler Tageszeitung“ vom Oktober mitgenommen, die unter anderem berichtet, dass es die Stadt Imst nun geschafft hat, 10 042 Einwohner zu zählen. Das heißt, die Einwohnerzahl hat dort die magische Grenze von 10 000 überschritten. Wieso ist das so wichtig? – Beim Überschreiten dieser 10 000-Einwohner-Grenze kommt man in eine höhere Stufe und bekommt pro Kopf mehr Geld. Das bedeutet für die Gemeinde Imst über die Periode betrachtet immerhin 1 Million € an Mehreinnahmen in sechs Jahren. Das ist Gott verdammt viel Geld.

Ein Nebeneffekt davon ist: Auch die Gehälter von Bürgermeister und Vizebürgermeister steigen. Es gibt dann auch mehr Gemeinderäte und so weiter. Das führt dann mitunter auch dazu, dass es Gemeinden gibt, die mithilfe von Wettbewerben versuchen, Bevölkerung anzulocken, damit man bestimmte Klassen überspringen kann. Und das kann es **nicht** sein!

Es ist nämlich geradezu skurril, dass eine Gemeinde, die 10 040 Einwohner hat, wesentlich mehr Geld bekommt – nämlich 1 Million € mehr über die Periode, über sechs Jahre betrachtet – als eine Gemeinde oder eine Stadt, die 9 570 Einwohner hat. – Das ist **nicht** erklärbar, ist ungerecht! Das ermöglicht der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der aus Sicht der Gemeinden geändert werden muss. Es muss jeder Bürger gleich viel wert sein, egal, wo er wohnt, ob in der Stadt oder auf dem Land. So kann man immer argumentieren.

Dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist aus den Kriegswirren entstanden, die große Zerstörungen in den Städten zur Folge hatten, wonach man sich darauf geeinigt hat, die Städte zu unterstützen. Das war damals nachvollziehbar, ist klar. Aber wenn man jetzt den ländlichen Raum hernimmt, so ist auch klar, dass gerade dort eine unglaubliche Aufgabenfülle – Stichworte: Wege, Straßen, Abwasser, Kanal – zu bewältigen ist, wofür man mittlerweile sehr viel Geld benötigt, das die Gemeinden aber nicht im erforderlichen Ausmaß haben.

Es gibt sie also, diese unterschiedlichen Stufen, die abzuschaffen sind, und zwar einmal bis 10 000 Einwohner, dann von 10 000 bis 20 000, und dann gibt es einen Sprung von 20 000 bis 50 000 und die Stufe über 50 000. Das äußert sich zum Beispiel in Tirol darin, dass man bis 10 000 Einwohner pro Kopf 844 € – das geht aus einer aktuellen Anfragebeantwortung hervor – und in der Spanne von 10 001 Einwohnern bis 20 000 Einwohner 962 € pro Kopf bekommt. Schafft man es, auf über 50 000 Einwohner zu kommen, wie es in Innsbruck der Fall ist, dann bekommt man 1 334 € pro Kopf.

Das ist auf diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel zurückzuführen, der nicht gerecht ist und der durch die schon seit langer Zeit vom Rechnungshof geforderte Aufgabenorientierung ersetzt werden muss. Es wäre höchst an der Zeit, diesen unbefriedigenden Umstand zu ändern. Aber die Signale, die ausgesendet werden, sind leider andere.

Es ist eine Aufgabenorientierung dahin gehend einzuführen, dass jene Ebene – sprich: Bund, Land oder Gemeinde –, die die Aufgabe erfüllt, auch das notwendige Geld dafür bekommt. Aber diese Ströme passen im derzeitigen Finanzausgleich hinten und vorne nicht zusammen. Ein Beispiel dafür ist die Kinderbetreuung. Bei der Kinderbetreuung ist es nämlich so: Der Bund und die Länder schaffen an, aber für die Durchführung der Aufgabe sind die Gemeinden zuständig. Nur: Die Gemeinden haben das Geld nicht, um die Wünsche von Bund und Ländern zu erfüllen.

Zum Beispiel – und da will ich Ihnen schildern, wie es mir als Bürgermeister ergangen ist – kommt man mit folgenden Wünschen daher: längere Öffnungszeiten, Einführung eines Mittagstisches, Reduzierung der Gruppengrößen, und zwar maximale Größe 22, mittlerweile 20, zusätzliche Assistenzkräfte, weiteres Betreuungspersonal, zum Beispiel für jede Gruppe zwei Personen, früher eine Person. Alles wünschenswert! Nur: Das Ganze ist auch zu finanzieren!

Die Gemeinden haben aber das dafür notwendige Geld nicht, obwohl sie dafür zuständig sind. Die Wünsche werden vom Bund auf dem Weg über die Länder artikuliert. Nur: Das nötige Geld kommt nicht! Daher bin ich dann zur zuständigen Landesrätin Palfrader gegangen und habe ihr gesagt: Frau Landesrätin, es wäre toll, wenn wir einmal einen Zuschuss für den Ausbau der Infrastruktur bekommen würden! Wir wollen zum Beispiel neue Spielgeräte kaufen. Darauf kam die lapidare Antwort – es war so! –: Ich bin nicht zuständig! Ihr als Gemeinden seid zuständig! – Na, habe ich gesagt, das ist jetzt aber schon super: Machen sollen wir alles, aber das Geld bekommen wir nicht dafür!

Dementsprechend schaut dann das Budget der Gemeinden aus: 45 Prozent der Gemeinden in Österreich sind nicht mehr in der Lage, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Das liegt an dem abstrusen abgestuften Bevölkerungsschlüssel, durch den die Finanzströme so sind, dass die Aufgaben, die zu erfüllen sind, nicht mit dem notwendigen Geld unterfüttert werden. Und das ist abzustellen! In diese Richtung hat der Rechnungshof hervorragend gearbeitet. Unser Rechnungshofsprecher wird sich noch bei Ihnen, Herr Präsident, für die ausgezeichnete Arbeit und für die vielen konstruktiven Vorschläge bedanken.

Ich darf mich abschließend als ehemaliger Vorsitzender des Rechnungshofausschusses im Tiroler Landtag persönlich bei Ihnen bedanken. Es gab immer eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Land Tirol und Ihrer Institution, geprägt von fachlicher und sachlicher Kompetenz und gepaart mit vielen Vorschlägen. Auch in Tirol wird es wohl so sein, dass jene 20 Prozent Ihrer Vorschläge, die nicht umgesetzt wurden, jene Kraft hätten, die wir eigentlich alle benötigen würden.

In diesem Sinne sage ich Danke für die erquickliche zwölfjährige Tätigkeit, und ich wünsche Ihnen auch alles Liebe und alles Gute. Ich hoffe, dass wir diesen Finanzausgleich im Sinne einer Aufgabenorientierung einmal auf die Schiene bringen und es nicht so endet, wie die „Tiroler Tageszeitung“ nach dem Städtetag getitelt hat, nämlich dass wir es da mit einem „Sumpf der Geldvernichtung“ zu tun haben. – Ich danke. *(Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. Gabriela Moser.)*

11.40

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Moser. – Bitte.